

Hans-Martin Zülch
Prangenstr.20
28203 Bremen
martin.zuelch@t-online.de

An
Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Betr. Offener Brief zur Lösung der Griechenlandkrise

Bremen, 15.12.2016

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

hiermit lasse ich Ihnen den Text in o.g. Angelegenheit auch auf dem Postweg zukommen.

Die heute in Berlin stattfindende Diskussion mit dem griechischen Finanzminister Euclid Tsakalotos zum Thema „Kann durch ein Ende der Austeritätspolitik dem Rechtruck etwas entgegengesetzt werden?“ sowie die vom Auswärtigen Amt durchgeführte Veranstaltungsreihe zum Thema „Welches Europa wollen wir?“ hat Bürgerinnen und Bürger aus Bremen dazu angeregt, an Sie einen offenen Brief zur Lösung der Griechenlandkrise zu richten, der als Anlage diesem Schreiben beigefügt ist.

Die 32 Erstunterzeichner/innen – darunter zwei ausgewiesene Experten in der Europapolitik – setzen sich für einen grundlegenden Kurswechsel in Europa ein, der mit einer Beendigung der Spar- und Schuldenpolitik gegenüber Griechenland beginnen soll. Zu diesem Zweck werden Sie in dem Brief dazu aufgefordert, ihre Richtlinienkompetenz zu nutzen und folgende Maßnahmen in die Wege zu leiten:

- Der Primärüberschuss im griechischen Etat soll deutlich unterhalb von einem Prozent liegen und sich so der Spardruck auf die Regierung verringern;
- ihr soll außerdem der Schuldenabbau über einen langen Zeitraum hinweg erleichtert werden, damit die Wirtschaft endlich wieder Auftrieb erhält.
- Darüber hinaus sollen viele der bisherigen Sparauflagen zurückgenommen und Investitionshilfen auf den Weg gebracht werden, um zu verhindern, dass die griechische Regierung weiteres Staatsvermögen zu Dumpingpreisen veräußern muss, sich der rechtswidrige Abbau von Arbeitnehmerrechten fortsetzt und in Griechenland eine Situation entsteht, die zur weiteren Destabilisierung der EU beitragen könnte.

Diese Empfehlungen werden in dem fünfseitigen Text optisch hervorgehoben und genauer begründet. Auf Seite 6 finden Sie zusätzlich Quellen zur weiteren Informationsbeschaffung.

Über eine Antwort, die ich an die auf Seite 5 aufgeführten Erstunterzeichner/innen und die Organisatoren der Berliner Veranstaltung weiterleiten werde, würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen Martin Zülch (handschriftlich unterzeichnet)

Anlage: Offener Brief zur Lösung der Griechenlandkrise mit Zweitausfertigung

Beenden Sie die Austeritätspolitik in Europa und fangen Sie damit in Griechenland an!

Offener Brief an die Bundesregierung anlässlich der Veranstaltungsreihe des Auswärtigen Amtes zum Thema „Welches Europa wollen wir?“ und der Podiumsdiskussion mit dem griechischen Finanzminister Euclid Tsakalotos am 15.12.2016 in Berlin

Bremen, 14.12.2016

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

die vom Auswärtigen Amt ergriffene Initiative, einen bürgernahen Dialog zum Thema „Welches Europa wollen wir?“ durchzuführen, sowie das in Berlin am 15.12. stattfindende Podiumsgespräch mit dem griechischen Finanzminister Euclid Tsakalotos nehmen wir zum Anlass, Sie darauf aufmerksam zu machen, dass ein Kurswechsel in Europa mit einer konstruktiven Lösung der Griechenlandkrise einsetzen sollte. Zugleich sehen wir uns zu einem solchen Vorstoß durch folgende Ereignisse veranlasst:

Die Finanzminister der Euroländer (Euro-Gruppe) verständigten sich unlängst auf eine Reihe von Maßnahmen, die zur kurzfristigen Minderung der griechischen Schuldenlast beitragen sollen. Darüber und über den weiteren Umgang mit der Griechenlandkrise verhandelte die Euro-Gruppe am 5.12. mit Vertretern des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Brüssel. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, weil sich die Kontrahenten nicht auf eine erhebliche Senkung des derzeitigen Ziels für den primären Haushaltsüberschuss in Höhe von 3,5 Prozent einigen konnten. Der IWF hat wiederholt darauf hingewiesen, dass sich der Fonds am laufenden Hilfsprogramm für Griechenland nur beteiligen werde, wenn die künftige Schuldenentlastung mit einem wesentlich niedrigeren Haushaltsziel und weiteren Erleichterungen verbunden sei. Daraufhin forderten führende Mitglieder der CDU, das Hilfsprogramm für Griechenland zu beenden.

Zuvor lehnte Ihr Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble erneut einen nennenswerten Schuldenerlass für das Jahr 2017 ab, verlangte ebenso wie die Euro-Gruppe von Athen zusätzliche Reformen und behielt sich weitere Entscheidungen erst für das Jahr 2018, also nach der Bundestagswahl vor. Damit scheint der Minister auf eine finanzielle Beteiligung des IWF-Fonds am dritten „Hilfspaket“ keinen Wert mehr zu legen, obwohl der Bundestag 2015 seine Zustimmung zum dritten „Hilfspaket“ aus Mitteln des Europäischen Finanzmechanismus (ESM) ausdrücklich davon abhängig gemacht hat. Darüber hinaus scheint Ihr Finanzminister die vielen Neuerungen zu ignorieren, die die griechische Regierung, sei es aus

eigener Einsicht, sei es erzwungenermaßen, in die Wege geleitet hat: Seine publikumswirksame Aussage „Athen muss endlich die nötigen Reformen machen“ lässt sich keinesfalls mit der Feststellung vereinbaren, Griechenland sei „die führende Wirtschaft, wenn es darum geht, die OECD-Empfehlungen für strukturelle Reformen umzusetzen“, was auf der Homepage des ESM nachzulesen ist.

Wir sind nun der Auffassung, dass Sie unter Anwendung Ihrer *Richtlinienkompetenz* Ihren Einfluss geltend machen sollten, damit so schnell wie möglich die bisherige Schulden- und Sparpolitik gegenüber Griechenland beendet wird.

Im Einzelnen bedeutet dies:

(1) Wirken Sie darauf hin, dass die völlig unrealistische Vorgabe, bis 2018 und für die darauffolgenden Jahre im griechischen Staatshaushalt nach Abzug der Kreditzinsen einen Primärüberschuss in Höhe von 3,5 Prozent zu erreichen, umgehend revidiert wird. Wir plädieren dafür, dass der künftige Haushaltsüberschuss auf weit weniger als 1 Prozent veranschlagt und damit der bisherige Spardruck spürbar verringert wird.

Die griechische Wirtschaft ist zwar im dritten Quartal dieses Jahrs um 0,5 Prozent gewachsen, nachdem sie 2015 um 0,2 Prozent geschrumpft war, wird sich aber nicht weiter erholen können, wenn das Sparziel von 3,5% Primärüberschuss beibehalten wird.

Ebenso wird das in diesem Jahr angestrebte Plus im griechischen Etat von 0,5 Prozent aufgrund der Erhöhung von Mehrwertsteuern, Einnahmen aus der Grundsteuer, Einführung von Plastikgeld bei den Kapitalverkehrskontrollen sowie der im Tourismussektor intensivierte Steuerfahndung wahrscheinlich übertroffen, jedoch sofort wieder durch weitere Schuldentilgungen zunichte gemacht. Darüber hinaus ist zu beachten, dass der deutsche Primärüberschuss trotz niedriger Arbeitslosenquote und stark erhöhter Steuereinnahmen zur Zeit *unterhalb* von einem Prozent liegt. Aus Fairnessgründen dürfte deshalb von deutscher Seite der griechischen Regierung kein höheres Plus für ihren Etat bis 2018 abverlangt werden als dies Deutschland anstrebt. Vielmehr müsste der Haushaltsüberschuss aus hiesiger Perspektive noch deutlich unterhalb jener 1,5 Prozent liegen, die der IWF bislang als maximale Zielvorgabe angemahnt hat.

(2) Der griechische Schuldendienst muss in eine Form überführt werden, die für das Land nicht nur kurzfristig, sondern auch über einen langen Zeitraum erträglich wird: in Schuldpapiere mit Niedrigstzinsen, erheblichen Laufzeitverlängerungen und Tilgungsraten, die der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung sinnvoll angepasst sind.

Die griechischen Staatsschulden summieren sich derzeit auf 317 Mrd. Euro. Der griechische Staat hat zwar in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 2,32 Mrd. Euro mehr einge-

nommen als erwartet, musste aber zugleich einen Anstieg seiner Staatsschulden um rund sieben Mrd. Euro innerhalb von nur drei Monaten hinnehmen. Diese aktuellen Daten zeigen, dass das Missverhältnis zwischen Staatseinnahmen und -schulden in den kommenden Jahren weiterhin zunehmen wird. Deshalb muss der griechischen Regierung eine Schuldenerleichterung so weitgehend ermöglicht werden, dass sie in der Lage ist, bis Ende 2017 an die Finanzmärkte zurückzukehren und ihren Schuldenberg durch die Aufnahme von Darlehen zu günstigeren Konditionen abzubauen. Zugleich sollte sich die Europäische Zentralbank (EZB) im Rahmen ihres bis zum Dezember 2017 fortlaufenden „Quantitative Easing“-Programms an einer Schuldenerleichterung beteiligen, von der bislang alle Eurostaaten außer Griechenland (aus angeblich „technischen Gründen“) profitieren konnten.

Kommt es nicht zu solchen Erleichterungen, so ist ein viertes „Rettungspaket“ absehbar, das Griechenland zu viel ungünstigeren Konditionen schultern muss. Dieses wäre dann erneut auf Gläubiger und Großunternehmen zugeschnitten und würde nicht zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit beitragen. Hingegen würde ein spürbarer Schuldenerlass, der die deutschen Steuerzahler kaum oder gar nichts kostet, Griechenland eine Refinanzierung seiner Altschulden ermöglichen und dazu beitragen, dass die griechische Wirtschaft Auftrieb erhält.

In diesem Zusammenhang möchten wir Sie daran erinnern, dass im 1953 vereinbarten *Londoner Schuldenabkommen* der deutsche Schuldendienst von der Außenwirtschaftsbilanz abhängig gemacht wurde. Damals schon ging man davon aus, dass die deutsche Zahlungsfähigkeit nicht durch Austeritätspolitik bzw. Einschränkungen im Handel und Verbrauch erzwungen werden dürfe, sondern sich nach den jeweiligen Leistungsbilanzüberschüssen bemessen sollte.

(3) Die in der Regierung verbreitete Lagebeurteilung zur Griechenlandkrise und die daraus abgeleitete „Reform“ bedürfen einer tiefgreifenden Korrektur. Übersehen werden dabei vor allem politische Nebenfolgen, die sich zu verselbstständigen drohen: Derzeit scheint sich in Griechenland ein Populismus breitzumachen, der auf eine Allianz zwischen Athen und Moskau hinauslaufen und womöglich zur weiteren Destabilisierung der Europäischen Union beitragen könnte.

Nicht zuletzt deshalb sollten Sie sich, Frau Bundeskanzlerin, dafür stark machen, dass die Lebensverhältnisse in Griechenland rasch verbessert werden. Zu diesem Zweck muss ein Großteil der Sparauflagen wieder rückgängig gemacht werden und müssen endlich Finanz- bzw. Investitionshilfen zur Bewältigung der humanitären Krise, die sich inzwischen auch auf die nach Griechenland geflüchteten Menschen erstreckt, auf den Weg gebracht werden.

Das hartnäckige Ansinnen, von einem Land, in dem die Staatsausgaben seit 2010 um 30 Prozent und die Einkommen um 35 Prozent gesunken sind, die Arbeits- und Jugendarbeitslosigkeit mit 25 und 48 Prozent die höchsten Quoten in der Eurozone erreicht haben und sich die Wirtschaftsleistung seit 2010 um 25 Prozent verringert hat, weitere Einsparungen (wie vor allem die ab 2018 geplanten Auflagen in Höhe von 4,5 Mrd. Euro) zu erwarten, entbehrt jeder ökonomischen und politischen Vernunft. Spätestens wenn in einer Volkswirtschaft die Ausgaben und Einkommen gleichzeitig sinken und überall das Geld knapp wird, findet die „neoklassische“ Sparpolitik ihr Ende – es sei denn, dass ihr auch das Staatsvermögen bzw. die Zuständigkeit des Gemeinwesens für die öffentliche Daseinsvorsorge sowie fest verankerte Arbeitnehmerrechte zum Opfer fallen sollen.

Mit der ständig fortgesetzten Aufforderung zu „nötigen Reformen“ sind grob fahrlässige Irreführungen der deutschen Öffentlichkeit verbunden. Denn bei näherer Betrachtung handelt es sich bei „Reformen“, die Herr Dr. Schäuble im Auge hat, nach wie vor um eine „giftige Mischung aus nötigen Strukturreformen und neoliberalen Zumutungen“ (Jürgen Habermas). *Strukturreformen* machen dann Sinn, wenn man sich ernsthaft darum bemüht, den griechischen Staat bei der Bekämpfung von Korruption und Klientelismus zu unterstützen und ihm beim weiteren Ausbau der Steuerverwaltung und der Beseitigung von Steuerhinterziehung mit Know-how und geeigneter Expertise unter die Arme zu greifen. Hingegen kann der im September 2016 aufgezwungene Verkauf griechischer Wasser- und Gaswerke schwerlich als „Reform“ bezeichnet werden. Vielmehr muss dieser in Zeiten starker Depression als Veräußerung von Staatsvermögen weit unterhalb seines Wertes eingestuft werden, was im Übrigen auch für viele Aktien- und Immobilienverkäufe in Griechenland zutrifft. Ähnliches gilt für die von der EU-Kommission, EZB und dem IWF derzeit wieder forcierten „Arbeitsmarktreformen“, die gegen Artikel 6 der Europäischen Sozialcharta und Artikel 28 der Europäischen Grundrechtecharta verstoßen, wonach die Sozialpartner das Recht in Anspruch nehmen dürfen, „Tarifverträge auf den geeigneten Ebenen auszuhandeln und zu schließen sowie bei Interessenkonflikten kollektive Maßnahmen zur Verteidigung ihrer Interessen, einschließlich Streiks, zu ergreifen.“

Bei alledem handelt es sich um Herangehensweisen, bei denen z.B. ignoriert wird, dass Deutschland an der Krise der südeuropäischen Staaten erheblich verdienen konnte und dem Fiskus Zinsvorteile aus dem so genannten „Sicheren-Hafen-Effekt“ in Höhe von 100 Mrd. Euro im Zeitraum von 2010 bis 2015 zugute kamen. Gleichzeitig drohen die politischen Nebenfolgen eines Kalküls aus dem Blick zu geraten, das ausschließlich an ökonomischen Gesichtspunkten orientiert ist: Unlängst wurde in einer deutschen Tageszeitung darüber berichtet, wie neue, bislang unbekannte Akteure in Griechenland zunehmend an Einfluss gewinnen und die griechische Politik und Gesellschaft auf die „christlich-orthodoxe Welt Russlands“ auszurichten versuchen. Wenn es diesen Kräften gelingen sollte, die Oberhand

zu gewinnen, und ein Bündnis mit dem russischen Präsidenten zu schmieden, so könnte sich die Griechenlandkrise zu einem brisanten geostrategischen Konflikt auswachsen.

Vielleicht hatte der scheidende US-Präsident Barack Obama bei seinem Abschiedsbesuch in Athen bereits dieses Szenario im Blick, als er die Europäische Union zu einer Beendigung ihrer Austeritätspolitik aufforderte.

Folgen Sie diesem Rat, Frau Bundeskanzlerin!

Hochachtungsvoll

Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner aus Bremen

Heiner Behrens

Maren Behrens

Dr. Klaus Berger

Inge Bertzbach

Gerhard Bock

Ulla Bussius

Chaidoula Christoffers

Claus Christoffers

Beate Ellerbrock-Schlitt

Günther Egidi

Conny Ernst

Joachim Heier

Prof. Dr. Rudolf Hickel

Dr. Eva Kammler

Helmut Kersting

Dr. Johann-Günther König

Thomas Körner

Sofia Leonidakis

Ulrike Liebert

Karin Oeljeklaus

Susanne Pikullik-Bastian

Anne Ries

Ulla Schaarschmidt

Helmut Schaarschmidt

Gertrud Schmidt

Martin Schmidt

Alexandra Schmiedtke

Ilse Späth

Wilhelm Späth

Margareta Steinrücke

Jochen Ströh

Ingrid Wrase¹

Martin Zülch

¹ nach dem Versand am 16.5. hinzugefügt

Quellen

Ferry Batzoglou, Mit Putin aus der Sackgasse. Erste Erfolge des Sparkurses, aber Teile der Gesellschaft driften Richtung Moskau ab, Weser Kurier, 9.11.2016,

Ferry Batzoglou, Abschied in Athen. Der scheidende US-Präsident trifft die europäischen Verbündeten, Weser Kurier, 16.11.2016

Joachim Bischoff, Björn Radke: „isch over“? Griechenland und die Eurozone. Syrizas Kampf gegen die neoliberale Hegemonie, Hamburg 2015

Klaus Busch / Axel Troost / Gesine Schwan / Frank Bsirske / Joachim Bischoff / Mechthild Schrooten / Harald Wolf, Europa geht auch solidarisch! Streitschrift für eine andere Europäische Union. VSA Hamburg 2016, S.65 f.

Cerstin Gammelin / Alexander Mühlhauer, Krisen, Griechen und Geheimnisse. Ein Treffen zur Lage in Athen findet nicht statt. Dabei drängt die Zeit – besonders wegen der Rolle des Internationalen Währungsfonds, 23.11.2016, Süddeutsche.de Wirtschaft

Sven Giegold, Griechenland: Reformvorschläge der Eurogruppe für Tarifverhandlungen verstoßen gegen europäisches Recht. sven.giegold@europarl.europa.eu, 2.12.2016

Sven Giegold, Griechenlands Schuldenlast: CDU-Politiker sperren sich gegen nachhaltigen Weg aus der Krise, sven.giegold@europarl.europa.eu, 7.12.2016

Paul de Grauwe, Die EZB gewährt allen Eurostaaten einen Schuldenerlass – nur Griechenland nicht. Kommentar. <http://makronom.de/die-ezb-gewaehrt-allen-eurostaaten-einen-schu...>, abgerufen am 6.12.2016

Ulrike Herrmann, „Die Zeit wird knapp“. Griechenland braucht einen Schuldenerlass, um die Unsicherheit zu beenden. Interview mit Euclid Tsakalotos. Die Tageszeitung, 15.11.2016

Ulrike Herrmann, Der Schuldenberg ruft. Griechenland? Die Krise ist nicht vorbei. Die Finanzminister der Euro-Gruppe diskutieren Entlastungen und fordern mehr Reformen, obwohl das Land sehr gut agiert. Die Tageszeitung, 5.12.2016

Ulrike Herrmann, Griechenland, die Euro-Kolonie. Kommentar zum Treffen der Euro-Finanzminister, Die Tageszeitung, 5.12.2016

Frank Hethey, Dialog über Europa in der Bürgerschaft. Veranstaltung vom Auswärtigen Amt und Weser Kurier, 1.12.2016

Rudolf Hickel, Die Minimax-Strategie der Tsipras-Regierung: das dritte Hilfspaket reformieren und ergänzen. www.alternative-wirtschaftspolitik.de 2015

Rudolf Hickel, Aufbau oder Absturz? Über Griechenland, Weser Kurier 5.6.2015

Theodora Mavropoulos, Parlament stimmt für Sparhaushalt. Einmalige Finanzspritze soll sonstige Kürzungen vertuschen. Die Tageszeitung, 12.12.2017

Werner Mussler, Schäuble soll Hilfen für Athen zustimmen, Frankfurter Allgemeine Zeitung 6.11.2016

Harald Schumann / Ute Scheub, Die Troika. Macht ohne Kontrolle. Eine griechische Tragödie in fünf Akten, Solothurn 2015

Sun/AFP/dpa, Parlament beschließt Privatisierung von Wasser und Gas. Das griechische Parlament hat nach tagelangen heftigen Debatten der Privatisierung der Wasser- und Gaswerke zugestimmt. Damit ist der Weg für die nächste Kredittranche frei. 27.9.2016 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-parlament-...>, abgerufen am 3.12.2016

Mike Szymnaski, Griechenland droht endgültig zugrunde zu gehen. Alexis Tsipras ist ein Segen für die Kreditgeber seines Landes. Trotzdem sind sie dabei, ihn zu Fall zu bringen – und Europa gleich mit. Kommentar. Süddeutsche.de Wirtschaft

ZEIT ONLINE, dpa, mhi, Tsipras' Reformliste, 10.7.2015, <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-07/griechenland-vorschle-re...>, abgerufen am 3.12.2016